



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 20,- Mk. - Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 50,- Mk., Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10,- Mk. - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Diese Nummer der „Solidarität“ erscheint wegen der Lohnverhandlungen zwei Tage später. Die Mitglieder werden gebeten, das bei der verspäteten Zustellung zu berücksichtigen.

Für die Woche vom 19. bis 25. Februar 1923 ist die Beitragsmarke in das mit 8 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Nach den von Vorstand und Verbandsbeirat gefassten Beschlüssen werden Beiträge und Unterstützungen den jeweiligen Löhnen angepasst, sodass die Wochenbeiträge in Höhe eines durchschnittlichen Stundenlohnes erhoben werden. Wir weisen deshalb auf die Bekanntmachung in Nr. 4 der „Solidarität“ hin, nach der für je 2400 Mk. Wochenlohn je 50 Mk. Beitrag mehr zu zahlen sind. Der Vorstand.

Mitteilungen des Vorstandes

Zur Beachtung bei Festlegung von Lokalbeiträgen! Um Rückfragen zu vermeiden, bitten wir die Zahlstellenleitungen, beschlossene Neufestlegungen von Lokalbeiträgen an die zuständigen Gausleitungen zu berichten, von denen die Genehmigung vom Vorstand beantragt wird.

Erhöhung der Ortsbeiträge.

Barmen-Elberfeld. In allen Klassen auf 20 Mk. Danzig. Ab 6. Beitragswoche in der 1. bis 3. Klasse auf 10 Mk., in der 4. und 6. Klasse auf 20 Mk. **Neuruppin.** Ab 6. Beitragswoche für männliche Mitglieder auf 3 Mk., für weibliche Mitglieder auf 2 Mk. **Neurode.** Für alle Mitglieder ab 1. Februar auf 12 Mk. **Hof.** Ab 6 Beitragswoche auf 10 Mk. **Hamburg a. d. S.** Für männliche Mitglieder auf 4 Mk., für weibliche Mitglieder auf 3 Mk. **Werbau.** Ab 6. Beitragswoche auf 5 Mk. für alle Mitglieder.

Annaberg und Glauchau. Ab 1. Februar auf 5 Mk. **Gesentzchen.** Ab 3. Februar auf 10 Mk. **Kaiserslautern.** Ab 10. Beitragswoche auf 5 Mk. für alle Mitglieder.

Der Vorstand gibt dazu die Genehmigung. S. U.: E. Bucher, 1. Vorsitzender.

An die Gewerkschaftsmitglieder

Der Einmarsch der französisch-belgischen Truppen in das Ruhrgebiet wurde von der ganzen deutschen Bevölkerung mit Entrüstung aufgenommen. Reinrätiger Meinungsfreiheit bezieht, daß dieser ungewöhnliche Angriff auf die Existenz der deutschen Wirtschaft, mit der das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft untrennbar verbunden ist, nicht widerstandlos hingenommen werden kann. In heroischer Weise kämpft die ganze Bevölkerung des besetzten Gebietes mit der einzig möglichen Waffe des passiven Widerstandes und der Arbeitsverweigerung gegen die brutale Gewalt des bis an die Zähne bewaffneten Militärs an. Dieser Kampf hat bereits erhebliche Opfer gefordert und wird in den nächsten Wochen und Monaten in seiner Auswirkung auf das ganze deutsche Reichsgebiet Anforderungen in ungeheurerem Ausmaß stellen.

Aufgabe der Volksgemeinschaft ist es, die Durchführung dieses Abwehrkampfes zu ermöglichen, den Opfern hilfreich beizustehen und dafür zu sorgen, daß die erwachsende Notlage mit allen Kräften eingedämmt wird. Die Arbeiterschaft darf und wird nicht abwärts stehen. In dieser Voraussetzung hat der Bundesausschuß am 24. Januar den Beschluß gefaßt, alle vollbeschäftigten Arbeiter zur Herabgabe eines Stundenlohnentelers aufzurufen und - nachdem festgestellt, daß die gesamten Unternehmer in Industrie, Handel und Landwirtschaft den vierfachen Betrag der von der Arbeiterschaft aufzubringen Summe leisten wollen - auch der Bildung eines gemeinsamen Unterstützungsfonds zuzustimmen.

Diese Beschluß sichert uns nicht nur die Kontrolle über die gesamten eingehenden Gelder, sondern auch die volle Mitwirkung bei der Verwendung des Fonds. Er enthebt uns auch der Mühe, einen besonderen Apparat zur Einziehung und Verwaltung der Beträge aufzustellen. Wer für die Hilfsleistung selbst ist, muß folgerichtig auch für ihre weitestgehende Ausdehnung und Beschleunigung sein. Wir ersuchen die Gewerkschaftsmitglieder deshalb, alle Kräfte anzuspannen, im Sinne des bereits veröffentlichten Aufrufs für die Durchführung des Hilfswerks in allen Betrieben zu sorgen. Berlin, den 8. Februar 1923.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. E. Bucher, 1. Vorsitzender.

Das neue Lohnabkommen für das Buchdruckereihilfspersonal

Entsprechend den Beschlüssen des Zentralratschlichtungsamts sind für Buchdruckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen folgende Zulagen und Wochenlöhne festgelegt worden: Einmalige Teuerungszulage für männliche Hilfsarbeiter spätestens zahlbar am 20. Februar.

Orts- gattung	über 24 Jahre		von 21-24 Jahren		von 19-21 Jahren		von 17-19 Jahren
	bergh.	leibg.	bergh.	leibg.	bergh.	leibg.	
ohne	4 820	4 147	8 876	8 720	8 570	8 427	2 938
2 1/2	4 428	4 251	8 978	8 818	8 659	8 518	8 011
5	4 596	4 355	4 070	8 907	8 748	8 589	8 084
7 1/2	4 644	4 458	4 107	4 000	8 838	8 684	8 153
10	4 752	4 592	4 264	4 093	8 927	8 770	8 281
12 1/2	4 860	4 686	4 300	4 186	4 010	8 856	8 305
15	4 968	4 769	4 457	4 279	4 105	8 941	8 378
17 1/2	5 076	4 873	4 554	4 372	4 195	4 027	8 452
20	5 184	4 977	4 651	4 465	4 284	4 118	8 525
22 1/2	5 292	5 080	4 748	4 558	4 378	4 198	8 599
25	5 400	5 184	4 845	4 651	4 472	4 284	8 673

Mindestwöchentlichlöhne vom 19. Februar bis 3. März

ohne	40 472	38 858	30 822	35 340	33 015	32 558	27 907
2 1/2	41 484	39 824	37 748	36 238	34 768	33 572	28 005
5	42 496	40 790	35 098	37 117	35 611	34 188	29 808
7 1/2	43 508	41 767	38 584	36 000	36 459	35 000	30 000
10	44 520	42 734	40 504	38 894	37 908	35 814	30 603
12 1/2	45 532	43 709	41 425	39 768	38 154	36 628	31 806
15	46 544	44 680	42 345	40 651	39 002	37 442	32 003
17 1/2	47 556	45 651	43 266	41 535	39 850	38 256	32 701
20	48 568	46 623	44 186	42 419	40 698	39 070	33 480
22 1/2	49 579	47 594	45 107	43 303	41 546	39 884	34 186
25	50 591	48 566	46 027	44 186	42 394	40 698	34 884

Einmalige Teuerungszulage spätestens zahlbar am 20. Februar

Orts- gattung	Anfängerinnen im Alter			Erfahrene Hilfs- arbeiterinnen im Alter		
	über 21 Jahre	von 19 bis 21 Jahren	von 17 bis 19 Jahren	über 21 Jahre	von 19 Jahren	von 17 Jahren
ohne	2 895	2 845	2 021	2 050	2 517	2 318
2 1/2	3 070	2 917	2 086	2 716	2 580	2 376
5	3 145	2 988	2 752	2 782	2 948	2 434
7 1/2	3 220	3 059	2 817	2 848	2 701	2 492
10	3 295	3 130	2 882	2 915	2 769	2 550
12 1/2	3 370	3 201	2 948	2 981	2 832	2 608
15	3 444	3 272	3 014	3 047	2 895	2 666
17 1/2	3 519	3 343	3 079	3 113	2 958	2 724
20	3 594	3 415	3 145	3 180	3 021	2 782
22 1/2	3 669	3 486	3 210	3 246	3 083	2 840
25	3 744	3 557	3 276	3 312	3 146	2 898

Mindestwöchentlichlöhne vom 19. Februar bis 3. März

ohne	28 454	27 032	24 808	25 171	23 912	22 025
2 1/2	29 106	27 707	25 200	25 800	24 510	22 575
5	29 877	28 383	26 142	26 480	25 107	23 126
7 1/2	30 558	29 059	26 705	27 059	25 705	23 677
10	31 300	29 735	27 357	27 688	26 303	24 227
12 1/2	32 041	30 411	28 010	28 318	26 901	24 778
15	32 783	31 086	28 632	28 947	27 499	25 329
17 1/2	33 434	31 762	29 255	29 576	28 097	25 879
20	34 145	32 438	29 877	30 205	28 694	26 430
22 1/2	34 857	33 114	30 500	30 835	29 292	26 980
25	35 569	33 790	31 122	31 464	29 890	27 531

Die Entschädigung für Montagszeitungen (§ 6 Ziffer 6 des Tarifs) ist ab 19. Februar 1923 für Hilfsarbeiter auf 5100 Mk. festgelegt.

Der Lohnsatz hat Gültigkeit bis einschließlich 3. März. Berlin, den 14. Februar 1923.

Deutscher Buchdruckerverein e. V.
gez. H. Heenemann, Dr. Boett.
Verband der Deutschen Buchdrucker.
gez. Hof. Seig. Otto Krauß.
Gutenberg- und gez. Paul Thranert.
Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.
gez. E. Bucher, Ernst Hornke.
Graphischer Zentralverband, gez. Hornbach.

Das neue Lohnabkommen

Die Verhandlungen über die neuen Zulagen sind diesmal nicht so schnell zum Abschluß gekommen. Konnte doch das letzte Lohnabkommen in einem Zuge vereinbart werden. Die Festsetzung der neuen Löhne aber nahm drei Tage in Anspruch. Bis in die späten Abendstunden wurde verhandelt, um das jetzt vorliegende Resultat zu erzielen.

Ursprünglich waren die Verhandlungen zum 15. Februar in Aussicht genommen. Was sich jedoch in den letzten 14 Tagen auf dem Preismarkt ereignete, machte den Arbeitervertretern die Einhaltung der durch die Tarifkommission festgelegten Frist unmöglich. Die ungeheure Preissteigerung hat alles, was wir bisher in dieser Hinsicht erlebt haben - und das ist wahrhaftig nicht wenig -, weit übertrifft. Die Organisationsvorstände traten daher schon Anfang Februar an die Prinzipalvereinigung mit dem Ersuchen heran, sofort in Verhandlungen über eine Erhöhung der Tariflöhne einzutreten. Der Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins glaubte aber dem Ersuchen der Gehilfen und Hilfsarbeiter nicht entsprechen zu können und veranstaltete eine Tagung bei den Prinzipalvertretern, die in ihrer Mehrheit die frühere Einberufung der Tarifkommission ablehnten. Erst durch Vermittlung des Arbeitsministeriums, das von unseren Vertretern angerufen wurde, kam die Verhandlung am 12. Februar zustande. Dem Vertreter des DBV wurde schon vor dem Reichsarbeitsministeriums bedeutet, daß unbedingt eine Nachzahlung erfolgen müsse, da die festgesetzten Löhne längst nicht mehr den Teuerungserhältnissen entsprächen. Es war allerdings vorauszusetzen, wie die Unternehmer sich zu den Forderungen der Buchdruckerarbeiter stellen würden und daß eine Verständigung in der Tarifkommission kaum möglich sein würde, und darum hat das Ersuchen unserer Vertreter, das Arbeitsministerium möge sich beizeiten nach drei Unparteilichen umsehen, wesentlich zur Abtötung der Verhandlungen beigetragen. Es muß allerdings anerkannt werden, daß in weiten Unternehmerkreisen auch Verständnis für die überaus traurige Lage der Arbeiterschaft vorhanden war und freiwillig Wirtschaftsbefehligen und Teuerungszulagen gezahlt wurden. Besonders im besetzten Gebiet kam es an einigen Orten zur Auszahlung namhafter Beträge an die Beschäftigten im Buchdruckgewerbe.

Bei den Verhandlungen am 12. Februar begründete der Sprecher der Arbeitervertreter eine Forderung von 140 Prozent, zahlbar auf den Lohn von 30 000 Mk. Die Begründung dieser Forderung fiel dem Redner nicht schwer. Er machte darauf aufmerksam, daß schon bei der Berichterstattung über die am 25. Januar vereinbarten Mindestlöhne die Preise so außerordentlich gestiegen waren, daß das Lohnabkommen eigentlich als überholt angesehen werden konnte. Mit dem Steigen des Dollars gehen bekanntlich die Preise sofort an, fallen aber nicht, wenn die Devisenkurse zurückgehen, sondern steigen meist luftig weiter. Der geforderte Lohnabschluß auf zwei Wochen, der bei den letzten Verhandlungen gefordert wurde, auf den die Prinzipale aber nicht eingingen, war, wie die Preisgestaltung zeigt, eine unbedachte Notwendigkeit. Die Tarifkommission hätte schon eine Woche früher zusammenkommen müssen. Die Forderung von 140 Proz. mußte daher mit Rückwirkung vom 5. bis 23. Februar aufgestellt werden. Die Prinzipale ließen erklären, daß sie sehr erlaut über die Höhe der Forderung sind und verlangten nähere Begründung, um Verhandlungsmöglichkeiten zu schaffen. Von einer Rückdatierung der Zulagen wollten sie nichts wissen. Es beantragten, wie immer, Kommissionsberatung. Die Vertreter der Gehilfen und Hilfsarbeiter haben dann in der Kommission wieder ihre Forderungen vertreten, konnten aber die Prinzipale nicht zu einem annehmbaren Grenzstandnis gewinnen. Einige von ihnen konnten über billige Preise für Lebensmittel berichten, von denen die Gehilfenvertreter aus demselben Landbezirken nichts wußten. Wo man so billig einkaufen kann, wird wohl immer Geheimnis der Unternehmer bleiben. Von unsern Kollegen aber ist es gar nicht recht, wenn sie, wie ein Prinzipal behauptete, täglich für 750 Mk. Schokolade essen. Es ist schwer, bei solcher Argumentation der Unternehmer ernst zu bleiben.

Die Arbeiter in der Kommission führten zu keinem Ergebnis und die Tarifkommission war daher gezwungen, das im Reichstarif vorgezeichnete Zentralratschlichtungsamt einzusetzen, das am folgenden Tage aufgenommen. Beide Parteien vertraten hier wieder ihre Ansichten. Nach mehrfacher Beratung wurde in später Abendstunden eine Entscheidung gefällt, die schon am anderen Morgen Berliner Tageszeitungen veröffentlichten. Das Zentralratschlichtungsamt beschloß mit Stimmenmehrheit:

1. Vom 19. Februar bis 3. März beträgt der Spitzenlohn für Gehilfen 57 000 Mk.
2. Außerdem ist bis spätestens 20. d. Mts. eine ein-

malige Feuerzuzulage von einem Sechstel des Tariflohnes der jetzt laufenden Woche zu zahlen.

3. Es wird empfohlen, in Wege der Vereinbarung eine Sonderzulage für das bezogene Gebiet zu bewilligen.

Die Verbesserung der Entscheidung war unsere Forderung leider nicht möglich, obwohl nichts unerlaubt blieb, die Prinzipien zu Jugendschlichtung zu bewegen. Das persönliche Eingreifen des Reichsarbeitsministers hatte keinen Erfolg. Die Unternehmer können auch in der weiteren Verhandlung die Sonderzulage für das besetzte Gebiet ab. Am Sonntag soll aber im Kreise 2 darüber verhandelt werden, die Prinzipale sind selbst der Ansicht, daß etwas zur Bänderung der einschlägigen Vor der Arbeiterchaft im besetzten Gebiet getan werden muß. So wie ein Prinzipalverreter es wollte, kann es natürlich nicht gehen. Der Herr kam mit dem Beschlusse, durch Sammlungen in unbesetzten Deutschland, an der sich Arbeiter und Unternehmer beteiligen sollten, zur Unterbrechung der notwendigen Buchdruckerbesitzer und -Besitzern im besetzten Gebiet beizutragen. Die Zahlung eines unsummierten Lohnes wird immer eigene Sache der Unternehmer bleiben müssen. Neue Verhandlungen wurden zum 1. März in Berlin festgesetzt.

Die Auswirkung des Schiedspruches finden unsere Kollegen und Kolleginnen in vorstehender Tabelle. Die neuen Mindestlöhne müssen für die am 19. Februar beginnende Lohnwoche gezahlt werden. Für die zurückliegende Woche vom 12. bis 17. Februar haben die im Buchdruckgewerbe beschäftigten Mitglieder außer dem in Nr. 5 der „Solidarität“ bekanntgegebenen Wochenlohn noch eine einmalige Feuerzuzulage zu verlangen, die spätestens am 20. d. Mts. ausgezahlt werden muß. Die für die Kollegen und Kolleginnen in Betracht kommenden Beträge sind ebenfalls aus nachstehender Zusammenstellung ersichtlich. Die Mitglieder müssen beachten, daß sie diese Zulage und ihren Tariflohn für die zurückliegende Woche erhalten müssen. Vom 19. Februar ab tritt der neue Tariflohn in Kraft.

Das Lohnabkommen ist diesmal auf 14 Tage befristet. Wir wollen hoffen, daß es uns besser als in den ersten Februartagen gelingt, damit auszukommen. Von den geforderten 140 Proz. sind 90 Proz. erreicht worden. Jetzt gilt es, überall die Beschlüsse durchzuführen.

Der soziale Kampf im Jahre 1922

II.

Auf politischem Gebiet die Reaktion als Besserstellung, auf wirtschaftlichem eine Weltwirtschaftskrise — diese beiden Kräfte drückten dem Jahre 1922 ihren Stempel auf und mit ihnen mußte sich der soziale Kampf in erster Linie auseinandersetzen. Man kann den sozialen Kampf für die Besserstellung der arbeitenden Schichten nicht führen, wenn gewisse politische Voraussetzungen, wie Freiheit der Rede und des Versammlungsworts als elementare Befugnisse oder das Streikrecht als Abwehrmittel in Frage gestellt werden, oder wenn die politische Atmosphäre von Kriegsgefahr und Kriegsvorbereitungen verpestet ist. Es ist daher sehr bezeichnend, daß die Hauptaktionen des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam fast alle einen politischen Charakter hatten und haben mußten. Die von ihm veranstalteten Konferenzen in Genoa, Rom und im Haag bestritten politische und wirtschaftliche Gegenstände, deren Inhalt kurz als Forderungen für die wirtschaftliche Wiederherstellung und politische Befriedigung Europas bezeichnet werden kann. In vielen Ländern mußte die Arbeiterchaft ihre Kräfte gegen politische Gewaltmaßnahmen verwenden. So konnte das Protetariat in der Schweiz mit Hilfe einer großzügigen Propaganda das Antistreichgesetz (sogenannte Weg Haberlein) durch Volksabstimmung vereiteln. In Ungarn, Rumänien, in Jugoslawien wurde das gewerkschaftliche Leben und somit der soziale Kampf durch brutale Gesetze und Verordnungen geknackt. Aber auch in anderen Ländern war die Arbeiterchaft gezwungen, für ihre elementaren Rechte zu kämpfen. Die Verfolgungen der gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und sozialistischen Organisationen seitens der Faschisten in Italien, Zerkümmern der Arbeiterkammer, Bergewaltigung von leitenden Personen mit passiver Duldung der Staatsgewalt bereits vor der Machtgreifung durch die Faschisten, haben noch in lebhafter Erinnerung. Wir müssen damit rechnen, daß die besten Kräfte der Arbeiterchaft auch im nächsten Jahr durch diese Hemmungen gebunden und durch den Kampf um Befestigung der politischen Hindernisse des sozialen Kampfes in Anspruch genommen sein werden. Das mächtige Erstarren der Unternehmerorganisationen in diesem Jahre, das ein wesentliches Merkmal für die soziale Bewegung im Jahre 1922 bildet, hat überall die Reaktion gefördert. Diese Organisationen haben überall, in der letzten Zeit selbst in England, ganz besonders aber in Frankreich und Italien (wo sie die faschistischen Organisationen mit Geld unterstützten) eine schamacherische Politik eingeleitet und sind zur Offensiv gegen die Arbeiterchaft übergegangen.

Die Wirtschaftskrise war die andere große Tatsache, welche den sozialen Kampf des Jahres beeinträchtigte. In den Ländern, wo diese herrschte, mußte sich der soziale Kampf mit ihren zerstörenden Wirkungen auseinandersetzen. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für die Erhaltung des Reallohnes, welcher durch übermäßige Lohnherabsetzungen gefördert war, nahm die Arbeiterchaft, ganz besonders die Gewerkschaften, in Anspruch. Wenn auch die Zahl der Arbeitslosen in ganz Europa am Ende des Jahres 1922 etwas abnahm, so blieb sie doch fürchterlich groß. In einigen Ländern, wie der Tschechoslowakei und Desterreich, hat sie gerade in der letzten Periode gewaltig zugenommen. Arbeitslosenversicherung, Unterstützung der Arbeitslosen durch den Staat und die Gewerkschaften, Notstandsarbeiten und eine Anzahl anderer Probleme erwachten daraus. Wir möchten hier nur auf die besonders in England aktuell gewordene Frage, daß die Kosten der Arbeitslosigkeit von den einzelnen Industrien getragen werden sollen, hinweisen. — Wegen der Lohnherabsetzungen entbrannten überall Kämpfe; neben direkter Lohnherabsetzung waren Kürzungen der Tarifverträge, Einführung von Akkordarbeit und Bestrebungen zur Verlängerung der Arbeitszeit ohne Gegenleistung die Methoden der Unternehmer zur Senkung des Reallohnes. Der Tendenz, die Wirtschaftskrise auf dem Rücken

der Arbeiterchaft auszutragen und im Interesse der Bevölkerung der Produktion — statt auf die Profite zu verfallen — die Lebenshaltung der Arbeiterchaft zu senken (was übrigens durch die Schmälerung der Kaufkraft nur zur Verschärfung der Krise führt), mußte eine geschlossene Aktion der Gewerkschaften entgegnet werden. In manchen Ländern, so in Holland, der Tschechoslowakei, der Schweiz, gelang es auch, die Reallohn vorläufig auf dem Vorkriegsniveau zu halten, in anderen Ländern, so besonders in der ergriffenen Bergindustrie, sank der Reallohn unter den Vorkriegsniveau. Freilich war der Rückgang des Reallohnes in den Ländern mit entwerteter Valuta trotz wirtschaftlicher Konjunktur unergiebig größer als in den Krisenländern, worauf wir noch zu sprechen kommen.

Der Kampf um die Arbeitszeit war das dritte Moment, welches die verflochtenen Perioden kennzeichnete. Die Weltreaktion konnte sich in diesem Punkt am besten auswirken. Der Beschluß der Washingtoner Konferenz bezüglich der Einführung des Achtstundentages wurde in den Ländern, wo ein entsprechendes Gesetz noch nicht bestand, sabotiert, in anderen, wo er gesetzlich bereits eingeführt ist, frachteten Staat und Unternehmertum, das Gesetz aufzuheben oder zu umgehen. In der letzten Zeit beginnt eine neue Offensive für die Verlängerung des Arbeitstages in England und Belgien. In Frankreich hat man die Arbeitszeit der Eisenbahner und Seefleute gesetzlich verlängert. In Dänemark haben die Unternehmer vor kurzem das Abkommen über den Achtstundentag gekündigt. In der Schweiz trachtet man ebenfalls danach, durch neue Gesetze die Arbeitszeit zu verlängern. Der Kampf für den Achtstundentag ist überall noch in vollem Gange. Es handelt sich darum, ob eine große Ergrümpfung der Nachkriegszeit vorzuziehen sei.

Im Verlauf des Streiks im Jahre 1922, ganz besonders aber im Ausbleiben von größeren Streiks, haben sich die erwähnten Tendenzen widerspiegelt. In der Periode der Krise, wo die Mitgliederzahl der Gewerkschaften infolge der Arbeitslosigkeit zurückging und ihre Einnahmen sanken, ist die Führung von organisierten Streiks sehr erschwert. In den Ländern mit zerrütteter Valuta war es die Inflation, welche die finanzielle Tragfähigkeit der Gewerkschaften in Mitleidenschaft zog. Ihr Vermögen schrumpfte zusammen, ja ist durch die Geldentwertung dahingeshwunden, und auch die Mitgliederbeiträge für die laufenden Ausgaben können nicht mit der Teuerung Schritt halten. Bei Massenstreiks sind aber diese Lasten ausschlaggebend. So trachteten auch die Unternehmerverbände, öfters Streiks herbeizuführen bzw. die einmal entsetzten künstlich zu verlängern, damit die Gewerkschaften erschöpft und die Macht der Gewerkschaften geschwächt werden sollte. Zahlreich war diesbezüglich der Streik in der englischen Maschinenbauindustrie. Im Hinblick auf diese Umstände suchten die Gewerkschaftsbünde und Bundeszentralen die Streiks sowohl für öffentliche Betriebe als auch im allgemeinen zu regeln, um unüberlegte Streiks zu verhindern; derartige Aktionen sind überall noch im Gange.

In den Ländern mit zerrütteter Valuta, Deutschland, Desterreich usw., waren die gewerkschaftlichen Kräfte durch unaufhörliche Lohnverhandlungen, welche eine Anpassung der Löhne an die Lebensverhältnisse bezweckten, gebunden. Monatlich, ja wöchentlich, mußten die Löhne neu geregelt werden. Die Einführung der gleitenden Lohnskala konnte dem nicht abhelfen, auch konnte die Entlohnung durch dieses System nicht glatt vor sich gehen. Es wurde ganz besonders in Desterreich in vielen Punkten durchbrochen.

Für den Kampf um industrielle Demokratie und Selbstverwaltung war die Krisenperiode im Jahre 1922 nicht günstig. Die Forderung nach wirksamer Arbeiterkontrolle durch Betriebsräte, welche mit entsprechenden Befugnissen ausgestattet sind, und andere Einrichtungen blieb weiterhin lebendig — der holländische Gewerkschaftsbund und der letzte, welcher eine Aktion hierfür eingeleitet hat —; praktisch waren jedoch in diesem Jahre wenig Fortschritte zu verzeichnen. Im Gegenteil trachteten die Unternehmer, das vorhandene Maß von Arbeiterkontrolle möglichst zurückzubehalten. In Italien hat man sie, obwohl bereits ein Gesetz in der englischen Maschinenbauindustrie hatte den hauptsächlichsten Zweck, die Rechte der Betriebsausschüsse aufzuheben. — In dieses Kapitel gehört die Frage, ob die gewerkschaftliche Organisation nicht von Fachverbänden auf Industriefachverbände umorientiert werden soll, damit der soziale Kampf leichter geführt werden kann. Der Leipziger Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ergab eine Mehrheit für Industriefachverbände. Die Entwicklung des englischen Gewerkschaftswesens weist ebenfalls nach dieser Richtung. In Norwegen, Südafrika, Australien sind Umgruppierungen auf der Grundlage der Industriefachverbände in Vorbereitung; auch soll hier die vorerst noch rein propagandistische Arbeit für diese Idee in den Vereinigten Staaten erwacht werden. — Der Glubschsozialismus machte im vergangenen Jahre gute Fortschritte, die Entwicklung der englischen Bauverbände und die Entstehung einer Anzahl neuer Gilden, die deutschen Bauvereinigungen, die österreichischen gemeinwirtschaftlichen Anstalten und Gilden legen Zeugnis dafür ab.

Der soziale Kampf hat sich noch auf vielen anderen Gebieten befristet, die wir hier nur streifen können. Die Frage der Arbeitsgemeinschaft, welche in Deutschland in diesem Jahre abgelehnt beschieden wurde, das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Genossen, eine Frage von großer Bedeutung für die Zukunft, die Teilnahme der Arbeiterchaft an der Arbeit des Internationalen Arbeitsamtes, das sich immer mehr zu einem informativem Organ für Arbeiterfragen entwickelt, während es als Kampforagan ausgeschaltet wird, eine große Menge von sozialpolitischen und sozialhygienischen Fragen, unter ihnen die immer dringender werdende Wohnungsfrage, das Bildungsweesen für die Arbeiterchaft sollen hier erwähnt werden.

Für eine fortwährend im Fluß befindliche Bewegung, wie sie der soziale Kampf darstellt, ist es kaum zulässig, die Bilanz eines einzigen Jahres feststellen zu wollen. Aus der sozialen Geschichte dieses Jahres geht nur hervor, daß die organisierte Arbeiterchaft schwere Kämpfe führen mußte, um ihre Positionen zu halten, und es werden die nächsten Zeiten voraussichtlich ebenfalls diesen Abwehrkämpfen gewidmet sein müssen.

Ein Einheitsverband der Buchdrucker und Hilfsarbeiter

ist in Desterreich zu Beginn dieses Jahres ins Leben getreten. Damit hat unsere Bruderorganisation, der Reichsverein der Hilfsarbeiter des Buch- und Zeitungs-gewerbes Desterreichs, zu bestehen aufgehört. Schon auf der Generalarbannung im Jahre 1920 wurde grundräßig dem Anstufung an den Verband der Buchdrucker zugelassen und der Vorstand beauftragt, die Bedingungen des Anschlusses zu vereinbaren. Die auch in Deutschösterreich fast ununterbrochen geführten Lohnbewegungen vergrößerten den Zusammenhalt, da sie alle Kräfte der Organisationsleitung in Anspruch nahmen. Erst kurz vor Schluss des vergangenen Jahres wurde auf den außerordentlichen Generalarbannungen der Buchdrucker und Hilfsarbeiter die Vereinigung endgültig beschloffen, nachdem alle vorbereitenden Arbeiten erledigt waren. Mit dem 1. Januar 1923 gehörten Buchdrucker und Buchdruckerhelfer einer Organisation, dem Reichsverein der österreichischen Buchdrucker, und Zeitungsarbeiter, an.

Der Hilfsarbeiterverband in Deutschösterreich war eine Organisation von Angehörigen des Buchdruckgewerbes. Die Steindruckhelfer sind dort zusammen mit den Gehilfen organisiert. Die ersten Anfänge des Verbandes gehen bis auf das Jahr 1889 zurück. Es kam damals mit Unterstützung der Gehilfen zur Gründung eines Wiener, Lokalvereins. Auch in der Provinz entstanden bald örtliche Organisationen. In unermüdlicher Arbeit und im ständigen Kampfe mit den Unternehmern festigten sich die Vereine, die in ergiebiger Verbindung untereinander standen, und im Jahre 1907 erfolgte nach einer glücklich verlaufenen Tarifbewegung in Wien die Gründung des Reichsvereins, dem 1013 mehr als 6000 Mitglieder in 27 Ortsgruppen angehörten. Im Juni 1902 schloßen sich unsere Kollegen in Desterreich ein eigenes Fortdauern, den „Drucker-Arbeiter“, das zuerst vom „Verein der Buchdrucker- und Schriftsetzerhelfer-Hilfsarbeiter Niederösterreichs“ herausgegeben wurde. Der in der österreichischen Arbeiterbewegung so verdienstvolle Höger, selbst Buchdrucker und eine der sympathischsten Erscheinungen in der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung Desterreichs, schrieb dem Blatt das Geleitwort. Er spielte darin auch auf das Verhältnis zwischen Gehilfen und Hilfsarbeiter an: „Sie müssen hand in hand gehen, sich gegenseitig unterstützen, gemeinsam kämpfen und lediglich das beiderseitige Beste im Auge halten. Sie haben einen gemeinsamen Feind. Würden sie sich jemals gegeneinander stellen, so wäre dies von Nabel.“ Der „Drucker-Arbeiter“ ist dann offizielles Verbandsorgan geworden und hat mit viel Geschick die Interessen der organisierten Hilfsarbeiter Desterreichs auch in der Öffentlichkeit vertreten. Die vielen Nationalitäten im alten Desterreich machten eine tschechische, polnische und italienische Ausgabe der Verbandszeitung notwendig. Nach dem Kriege mußte auch der Umfang des „Drucker-Arbeiters“ eingeschränkt werden, der bis zu seiner letzten Nummer zweifach herauskam. Das offizielle Organ des neuen Reichsvereins ist nun der „Vorwärts“, das ehemalige Fachblatt des Buchdruckerverbandes.

Wir haben mit unsern Kollegen in Desterreich stets in enger Verbindung gestanden. Die führenden Personen des Reichsvereins der Hilfsarbeiter waren vielen von uns gute Bekannte. Sein ehemaliger Vorsteher, Kollege Schumacher, hat 18 Jahre lang erfolgreich für die Organisation gewirkt. Während seiner letzten Lebensjahre war er allerdings nicht mehr für den Verband tätig, und doch werden seine Verdienste von den österreichischen Kollegen hoch anerkannt. Kollege Wiczek, der letzte Vorsteher des Reichsvereins, war unser Gast in Frankfurt a. M., und wir erinnern uns seiner herzlichen Worte am Schluss des sehr lebhaften Verbandstages. Einmal hatten wir geglaubt, daß eine engere Verbindung mit den Kollegen von der Donau möglich sein würde, auch Kollege Wiczek bezeichnete es als innigsten Wunsch, mit uns schließlich zusammenzukommen. Zeit und Umstände haben anders verfügt. Gegen die Brutalität vertritt gewordener Gewaltpolizei sind wir machtlos. Und doch ist der Entschluß der Gehilfen und Hilfsarbeiter Desterreichs zum Besten für ihre Organisation. Die lose Form des graphischen Kartells konnte ihnen nicht mehr genügen und so fügte sich zusammen, was zusammen gehört. Högers Worte: „Nur wenn typographische und graphische Arbeiter eines Sinnes und eines Freiheits sind, dann kann Erprobung eines neuen Weges sein“, war ihnen bei ihren Arbeiten beizubringen. In einem Verbandsrat steht die wertvollen Angehörigen des Buchdruckgewerbes vereint, weil sie wissen, daß die neue Organisationsform ihnen nur von Vorteil sein kann. Glück auf den Weg!

Aus unserer Bewegung im Steindruckgewerbe

Belien.

Die Zahlung der Zulagen für das Hilfspersonal im Steindruckgewerbe erfolgt ebenfalls ab 27. Januar und 10. Februar. Verheiratete und ledige Steinschleifer und Stohrträger über 24 Jahre erhalten 8500 Mt. und 5700 Mt., von 21 bis 24 Jahren 7000 Mt. und 5000 Mt., von 19 bis 21 Jahren 6000 Mt. und 4500 Mt., von 18 Jahren ab 4500 Mt. und 3500 Mt. Die Zulage für Anlegerinnen, Wogenfängerinnen und über 21 Jahre alte Hilfsarbeiterinnen beträgt 5400 Mt. und 3900 Mt. und für Hilfsarbeiterinnen über 18 Jahre 4600 Mt. und 3300 Mt.

Dresden.

Die Zulagen für das Stein- und Lichtdruckpersonal werden ab 27. Januar und 9. Februar gezahlt. Es betragen für Hilfsarbeiter von 17 bis 18 Jahren 4208 Mt. und 2865,50 Mt., bis 20 Jahren 4984 Mt. und 3346 Mt., bis 22 Jahren 5350 Mt. und 3915 Mt., bis 24 Jahren 6651 Mt. und 4437 Mt., über 24 Jahre 7920 Mt. und 5276,50 Mt. Für Anlegerinnen und Hilfsarbeiterinnen beträgt die Zulage 4840 Mt. und 3225,75 Mt.

Leipzig.

Die am Sonnabend, den 3. Februar, angelegte Verhandlung über weitere Teuerungszulagen ist nach 4½stün-

Die Dauer gekürzt. Schuld daran war das geringe Zugewinn für die verheirateten Kollegen und für unsere Angehörigen. Nach weiteren zweimaligen Verhandlungen ist es dann am Montag, den 5. Februar, zur Vereinbarung nachstehender Zulagen gekommen.
Es erhalten auf die tatfächlich gezahlten Löhne:
Männliche Hilfsarbeiter.
Steinsetzer.

über 24 Jahre, verheiratet	8500	5700
24 " ledig	8400	5600
von 21-24 Jahren, verheiratet	7200	4800
21-24 " ledig	7100	4700
19-21 " verheiratet	6900	4200
19-21 " ledig	6200	4100
17-19 " "	4800	3200

Hilfsarbeiter.

über 24 Jahre, verheiratet	8200	5500
24 " ledig	8000	5400
von 21-24 Jahren, verheiratet	7100	4800
21-24 " ledig	6900	4600
19-21 " "	6200	4100
17-19 " "	4650	3100
16-17 " "	2250	1500
15-16 " "	1500	900
unter 15 Jahren	1500	900

Weibliche Hilfsarbeiter.

Rotary-Anlegerinnen	5500	3650
Apparatführerinnen	5400	3550
Anlegerinnen	5400	3550
Schuldendrucklegerinnen	5400	3550
Auslegerinnen über 18 Jahre	5100	3350
unter 18 Jahren	3400	2250

Sonstige Hilfsarbeiterinnen.

über 20 Jahre	5100	3350
von 18-20 Jahren	4600	3100
16-18 " "	2250	1550
14-16 " "	1500	900

Bronzier- und Puderarbeiten.
Handbronzieren 5,50 M.
An Maschinen 3,-
Pudern und Abstauben 5,50

Das Einkommen hat Gültigkeit vom 27. Januar bis 16. Februar 1923.

München.
Die neuen Zulagen im Münchener Lithographie- und Steindruckgewerbe werden ab 27. Januar und ab 10. Februar gezahlt. Vollwertige Steinsetzer erhalten 9000 M., und 6000 M., Hilfsarbeiter über 24 Jahre 8100 M., und 6400 M., bis zu 24 Jahren 7245 M., und 4815 M., bis zu 21 Jahren 6570 M., und 4410 M. Die Zulage für Anlegerinnen und Bogenfängerinnen beträgt 5400 M., und 4600 M. Für Hilfsarbeiterinnen über 18 Jahre wurden 5500 M. und 3000 M. vereinbart.

Hüttingen.
Die Wagnisindefinition für Steindruckhilfspersonal übertragen in den Orten Aitenburg, Gotba und Zeitz:

ab 27. 1. ab 10. 2.	M.	M.
für Schleifer, verheiratet	26 923	32 333
ledig	26 327	31 647
Hilfsarbeiter, verheiratet, über 24 Jahre	26 020	31 245
ledig, über 24 Jahre	25 135	30 265
verheiratet, von 21 bis 24 J.	22 805	27 365
ledig, von 21 bis 24 J.	21 974	26 344
von 19 bis 21 Jahren	19 776	23 671
von 17 bis 19 Jahren	15 438	18 383
von 15 bis 17 Jahren	9 928	10 953
im 15. Lebensjahre	5 625	6 480
Anlegerinnen an Offset und Rotary	17 088	20 566
an Stein- od. Schindrud	18 768	20 140
über 18 Jahre	15 846	19 029
unter 18 Jahren	12 757	14 895
Hilfsarbeiterinnen über 20 Jahre	15 298	18 481
von 18 bis 20 J.	14 284	17 229
von 16 bis 18 J.	8 895	9 867
von 14 bis 16 J.	5 599	6 454

Aus unseren Zahlstellen

Freiburg i. Br. In der Generaterversammlung am 30. Januar konnte der Vorsitzende den Gauweiler Kollegen Berner-Sittig gratulieren. Aus dem Geschäftsbericht des Kollegen Sittig ging hervor, daß ein an Arbeit reiches Jahr veranlassen ist. Trotz des schlechten Geschäftsganges hat die Zahlstelle eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Ein Kollege ist durch den Tod von uns gegangen. Kollege Kelter sprach dem Vorsitzenden für seine mühevollen Arbeit den Dank der Versammlung aus. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Dann berichtete Kollege Berner über den Abschluß des neuen Tarifs und über die bestehende wirtschaftliche Lage im Gewerbe. Die Versammlung lobte die Ausführungen durch volle Aufmerksamkeit und reichen Beifall.

Glauchau. In der am 19. Januar stattgefundenen Generaterversammlung sprach Kollege Herrmann-Dresden über den neuen Reichsstarb für das Buchdruckerstellpersonal. Ein einmündigstimmiges Ausschreiben erklärte er den Erklärungen die neuen Bestimmungen und berührte dabei die Gründe, die eine Annahme des Tarifes erfordern. Die Aussprache bewegte sich im Sinne des Referats. Sodann gab der Vorsitzende Kollege Kreher den Geschäfts- und Kassenericht. Aus ihm war zu entnehmen, daß der Wechsel der Mitglieder im Laufe des Jahres ein sehr großer war, da die

einheimische Textilindustrie für Arbeiterinnen lehrendere Arbeit geboten habe. Außerdem sind in einigen Firmen nur unter dem Druck der Organisation tarifliche Löhne gezahlt worden. Der Vorsitzende mußte feststellen, daß die Mitglieder zu wenig Interesse an den Verhandlungen der Zahlstelle gezeigt haben. Da er als Buchdrucker nur im Interesse der Hilfsarbeiterhandels, sei dieser Zukunft kein befriedigender, er müsse es sich überlegen, unter solchen Umständen weiter zu amieren. Kollege Herrmann-Dresden hervor, der vor Jahren das Hilfspersonal zu organisieren versuchte und jahrelang in uneigennützigster Weise die wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder vertreten habe. Der Gauweiler forderte die Anwesenden für tätigen Mitwirken und größeren Anteilnahme an den Verbandsgeschäften auf. Die vorgenommene Wahl ergab die einstimmige Wiederwahl des Kollegen Kreher als Vorsitzenden, des Kollegen Wienhold als Kassierer und des Kollegen Wehner als Schriftführer. Zu Kassenprüfer wählte man die Mitglieder Ulla Schulze und Alfred Wüller. Dann wurde einstimmig beschlossen, ab 1. Februar den Lohnarbeit auf 5 M. pro Woche zu erhöhen.

Zwickau. Generaterversammlung am 31. Januar. Kollege Käseberg gab einen Rückblick über das Geschäftsjahr 1922. Im vergangenen Jahre ist die Mitgliederzahl von 145 auf 195 gestiegen. Der Kassenericht des Kollegen Helbig wurde ohne Einwendungen entgegengenommen. In der Aussprache über den neuen Tarif bemängelte man die Form der Abstimmung. Der Vorsitzende revidierte sich, indem er auf verschiedene Umstände, besonders auf die kurze Frist, die nur zur Verfügung stand, hinwies. Bei den Wahlen zum Vorstand wurde unser verehrtester Kollege Käseberg zum ersten Vorsitzenden wiedergewählt. Ein Teil der anderen Vorstandsposten wurde anders besetzt. Notwendig machte sich auch die Wahl einer Vertretung für das graphische Kartell. Beschlössen wurde die Erhöhung der Lohnarbeiträge und der Zulagen für Delegierte. Bei Sammlungen für Invaliden soll in Zukunft nur auf den Löhnen der Hilfsarbeiter gezeichnet werden. Zum Schluß nahm die Versammlung das neue Lohnabkommen zur Kenntnis.

Rundschau

Die Besteller von Tarifen, die mit dem Tarifante noch abzurechnen haben, werden dringend ersucht, die ausstehenden Beträge an das Tarifamt ungesäumt einzuliefern.

Keine Lohnabtafeln! — Bezahlung bestellter Tarife!
Das Tarifamt ersucht uns, auf diesem Wege bekanntzugeben, daß die bei ihm eingehenden Bestellungen auf Lohnabtafeln nicht erledigt werden können, weil solche nicht herausgegeben wurden. — Ferner werden die Besteller von Tarifen, denen Kostenrechnung zugestellt wurde, auf das Dringendste ersucht, die betreffenden Beträge an das Tarifamt auf das Postkontokonto Nr. 65 068, Berlin NW. 7, zur Einzahlung zu bringen.

Wie die Unternehmer die Gewerkschaften bekämpfen, geht aus einem geheimen Rundschreiben hervor, das der Textilarbeiterverband dem „Vorwärts“ zur Veröffentlichung zur Verfügung stellen konnte. — Wir lassen es hier im Wortlaut folgen: Der Deutsche Arbeitgeberverband für Industrie, Gewerbe, Handwerk, Land- und Fortwirtschaft, Handel und Verkehr. Vertraulich. Berlin, den 21. Januar 1923. An die Herren Geschäftsführer der örtlichen Arbeitgeberverbände Schlesiens.

Der Reichswirtschaftsrat beschloß die Ueberweisung des Arbeitszeitgesetz an den Sozialpolitischen Ausschuss, damit dort eine Einigung erzielt wird. Wo Vertreter christlicher Gewerkschaften Reichswirtschaftsratsmitglieder sind, sind diese örtlicherseits nach den von uns angegebenen Richtlinien zu beeinflussen, damit diese nicht mit den freien Gewerkschaften konform gehen.

Das von uns Ihnen zugesandte Material kontra Achtstundentag muß möglichst mit nächster Post uns zugesandt werden.

Die von uns Ihnen im Rundschreiben Nr. 16/23 angegebene

Richtlinien gegen die freien Gewerkschaften
werden immer noch nicht genügend beachtet. Auf alle Fälle müssen die Gegensätze zwischen Gelehrten und Ungelehrten durch die Lohnpolitik, die auch vor den Schlichtungsausschüssen mit Nachdruck zu vertreten ist, gespannt werden. Wir weisen nochmals darauf hin, daß Delegaten (Angeber) aus den Reihen zuverlässiger Arbeiter und Angestellten, die uns gut gekannt sind, erzogen werden müssen. Durch Geschenke und Nebenleistungen werden sie unbewußt deprimiert und die von uns gemeine Aufklärung bei den Besten leisten. Nach den bei uns eingegangenen Berichten können durch Propaganda gegen Zahlung zu hoher Beiträge bei den freien Gewerkschaften die besten Erfolge erzielt werden. Zurzeit sind die freien Verbände noch im Besitz nicht unbedeutender Kampffonds, die ihnen gestatten, örtliche Kämpfe längere Zeit durchzuführen. Eine Schwächung der gewerkschaftlichen Finanzen könnte uns nur die Mäßigkeit geben, die Arbeiterschaft nach der früheren Art zu entziehen. Wo die Konjunktur nicht besonders günstig ist und finanzielle Verluste durch Schutzverbände gedeckt werden,

müssen Streiks ausgedehnt werden, was die Kosten der Gewerkschaften bedeutend schwächen würde, was gleichbedeutend mit einer Schwächung der andauernden Lohnbewegungen zu betrachten ist. Denn nur kraft fundierter Verbände können uns gefährlich werden.

Deshalb muß versucht werden, diese zu zersplittern und deren Mitglieder durch Delegaten von jeder erhöhten Beitragserhebung abzugeben.

Wo mehrere Gewerkschaften in einem Betriebe vorhanden sind, müssen die finanziell am gesündesten bekämpft werden, denn diejenigen, die nur geringe Beiträge leisten, können uns nie unangenehm werden, und sollen auch diese der Arbeiterschaft durch dritte Personen empfohlen werden.

Wo irgend von Arbeitgeber Einfluß ausgeübt werden kann, müssen sich die Betriebsräte aus den tranken, einschließlich christlichen und

hirsch-dunderschen Organisationen rekrutieren. Durch gezielte Operation lassen sich aber auch die Verbandsmittel der freien Gewerkschaften beeinträchtigen, so daß diese selbst gegen jede Erhöhung der Beiträge sind. Dies ergibt an einzelnen Orten vorzüglich, ohne daß sich die Mehrzahl der Arbeiter deren Folgen bewußt ist.

Diese Taktik bei jeder sich bietenden Gelegenheit in Anwendung zu bringen, ist Pflicht jedes einzelnen Arbeitgebers. Wir bitten uns monatelich über die damit erzielten Erfolge sowie über jede Veränderung in den Arbeiter-Gewerkschaften zu berichten.

Auch das Material gegen den Achtstundentag muß weiter gesammelt werden, damit uns dieses reichlich zur Verfügung steht.

Die von der Generaterversammlung in München beschlossenen Beiträge von 500 M. pro Vierteljahr und Arbeiter sind im Voraus, spätestens bis 30. Januar, an Dr. Brünner, Berlin W. 9, Potsdamer Str. 4, zu senden.

Die Unternehmer spekulieren also zuerst auf die Dummheit einzelner, die gegen die hohen Beiträge in den Gewerkschaften opponieren. Sie wissen ganz genau und geben das offen zu, daß nur finanziell starke und leistungsfähige Verbände der beste Schutz der organisierten Arbeiter sind. Christliche und hirsch-dundersche Gewerkschaften sind ihnen weniger gefährlich. Daraus erkennen unsere Mitglieder, daß diese Organisation wenig Nutzen für die Arbeiter bringen. Die schmutzige Taktik der Unternehmer, durch Geschenke und Bevorzugungen sich einige „Lieblinge“ im Betrieb heranzuziehen und sie zu Angebern und Verrätern ihrer Kollegen zu erniedrigen, ist nicht neu, wie überhaupt das ganze Rundschreiben nicht durch seine Originalität, sondern durch die offene Gemeinheit auffällt, mit der man freigeorganierte Arbeiter und Arbeiterinnen bekämpfen will. Immerhin bietet es gutes Agitationsmaterial zur Gewinnung neuer Mitglieder und erfüllt so einen allerdings von den Unternehmern nicht gewollten guten Zweck.

Die Ermäßigung der Lohnsteuer ist durch die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften im Finanzministerium angeregt worden. Am 3. Februar fand dort eine Besprechung über die Erhöhung der steuerfreien Abzüge statt. Entschieden den Vorschlägen, die von der sozialdemokratischen Fraktion gemacht worden sind, wurde vereinbart, 1. daß ab 1. März eine Verdreifachung der steuerfreien Beträge eintritt, vorbehaltlich einer weiteren Erhöhung bei fortschreitender Geldentwertung; 2. als Ausgleich für den Monat Februar soll für die Wochenlohnempfänger für die letzte Lohnwoche im Februar bzw. die letzten sechs Lohnstage (Kurzarbeiter) völlige Steuerfreiheit eintreten; für die Monatsempfänger wird dementsprechend die Gesamtersteuerung im Februar um ein Viertel ermäßigt werden. Die Steuerregelung für die Kurzarbeiter wird noch geprüft. Eine Vorlage über die Neuregelung der Abzüge soll sofort dem Reichsrat und dem Reichstag zugehen.

Nach den vom Steuerauschuß des Reichstags am 14. Februar gefassten Beschlüssen sind die Gehalts- und Lohnempfänger an sechs vollen Arbeitstagen im Februar von Steuerabgaben befreit. Der Reichsfinanzminister ist ermächtigt, in Fällen, in denen es zur Angleichung an eine Lohnzahlungsperiode erforderlich ist, den Zeitraum anderweitig zu bestimmen. Die Abzüge vom der Lohnsteuer sind ab 1. März 1923 wie folgt festgelegt:

Bei Monatsentlohnung: Für den Ehemann 800 M., für die Ehefrau 800 M., für jedes Kind 4000 M., Werbungskosten 4000 M.

Bei wöchentlichem Lohnzahlung: Für den Ehemann 192 M., für die Ehefrau 192 M., für jedes Kind 960 M., Werbungskosten 960 M.

Die Kosten der Lebenshaltung in Groß-Berlin sind nach den Feststellungen von Dr. Kuczynski im Januar einmahl mal so hoch wie im Dezember gewesen. Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich für den Mann 18 968 M., für ein Ehepaar 28 434 M. und für ein Ehepaar mit zwei Kindern 37 167 M. Daran gemessen war die Mark im Januar knapp ein Zwölftel Pfennig wert.

In welchem unannehmen Maße die Lebenshaltungskosten während des Januar gestiegen sind, zeigt die Berechnung des Existenzminimums für die zweite Januarhälfte; sie waren fast einmahl mal so hoch wie in der ersten Hälfte des Monats.

Kartoffeln kosteten 700mal soviel wie vor neun Jahren, rationiertes Brot, Zucker und Milch 1300mal soviel, Büchsenfleisch 1400mal soviel, Gas 1600mal soviel, Saferkochen 1800mal soviel, Graupen und Bohnen 2000mal soviel, Roggenmehl und Briketts 2300mal soviel, Reis und Margarine 2400mal soviel, Brot im freien Handel 2900mal soviel. Speck 4100mal soviel.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich:

	Wann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
	M.	M.	M.
Ernährung	7 505	12 540	16 658
Wohnung	300	300	300
Heizung und Beleuchtung	3 899	3 899	3 899
Bekleidung	5 593	9 222	12 911
Sonstiges	5 153	7 770	10 113
2. Januarhälfte 1923	22 330	33 671	43 821
1. Januarhälfte 1923	15 540	23 096	30 383
2. Dezemberhälfte 1922	12 885	19 381	25 570
1. Dezemberhälfte 1922	12 093	18 411	24 395
2. Novemberhälfte 1922	9 490	14 622	19 303
1. Novemberhälfte 1922	6 434	10 060	13 298
2. Oktoberhälfte 1922	4 369	6 754	8 871
1. Oktoberhälfte 1922	2 998	4 631	6 136

Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für einen alleinstehenden Mann 1 161 900 M., für ein kinderloses Ehepaar 1 756 500 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 2 286 000 M.

Rom letzten Portierjahres bis zur zweiten Januarhälfte 1923 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann auf das 1333-fache, für ein kinderloses Ehepaar auf das 1509-fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern auf das 1621-fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark in der zweiten Januarhälfte etwa 1/19 wert.

Der Beschäftigungszug der deutschen Industrie Anfangs 1923 hat eine merkwürdige Abwärtsentwicklung gegenüber den letzten Monaten erfahren trotz der für den Export günstigen Wa-

lutakonjunktur. Die Zahl der gut und befriedigend beschäftigten Betriebe ist von 84 Proz. im September auf 79 Proz. Anfangs Januar zurückgegangen, die der schlecht beschäftigten Betriebe von 16 Proz. auf 21 Proz. gestiegen.

Das graphische Gewerbe meldet erhöhte Arbeitslosigkeit. Auch in Zeitungsgewerbe ist keine Besserung wahrzunehmen. Nur durch den Druck von Reichsausgaben werden einige Druckereien gut beschäftigt. Im Kupferdruckgewerbe wurde Arbeit für die Herstellung von Reichsausgaben eingeleitet, es wurde Kurzarbeit angeordnet worden. Die Lage im Verlagsbuchgewerbe ist ungünstig unter den hohen Papierpreisen. Keine wesentliche Besserung des Beschäftigungsstandes verzeichnen die Chemische und Electro-Industrie. In der schlimmsten Situation befindet sich das Textilarbeitergewerbe, das vollkommen niedergedrückt die Wochenarbeitszeit der Betriebe ist vielfach auf 24 und 12 Stunden eingeschränkt verschiedene Betriebe sind bereits gänzlich stillgelegt. Auch in der Textilindustrie kommen auch aus der Seiden- und Webstoff-Industrie, nur 20 Proz. der Betriebe sind gut beschäftigt, der Anteil der schlechtbeschäftigten ist von 22 Proz. Anfangs November auf 39 Proz. Anfangs Januar gestiegen. Verschiedene wichtige Industrien melden einen wertvollen Aufschwung des In- und Auslandsgeschäftes infolge der hohen Preise und der gestiegenen Nachfrage. In der Textilindustrie mussten bereits wegen des Rückgangs des Auslandsauftrages und der geringen Auslandsaufträge Ende Dezember die Betriebseinsparungen vorgenommen werden. In der Metallindustrie ist die Zahl der schlechtbeschäftigten Betriebe von 7 auf 15 Prozent gestiegen, die der befriedigend Beschäftigten von 85 Proz. auf 26 Proz. zurückgegangen. Der Wettbewerb mit dem Ausland stellt sich infolge der hohen deutschen Preise immer schwieriger. Das Bekleidungs- und Schuhgewerbe und die Schuhindustrie melden ein schlechtes Geschäft mit dem Ausland, eine ganze Anzahl von Fabriken sind bereits zur Kurzarbeit übergegangen, auch Entlassungen mehrten sich, der Preis der Fertigerfabrikate ist weit über das Durchschnitts-Einkommen des Inlandes gestiegen. Die Nahrungs- und Genussmittelindustrie verzeichnet die dreifache Zahl der auf dem Auslandsmarkt gegenüber dem September v. J. Wenn auch die neuerliche Wertberichtigung die Auslandsmarktsituationen wieder beträchtlich gehoben hat, so dürfte doch die Störung der Rohstoffversorgung sowie die ungewöhnliche Preissteigerung die Produktionsmöglichkeiten weitgehend unterbinden und die Absatzströme vor allem im Ausland erheblich verschärfen.

Ein Schwinder, namens Ernst Hugo Engert, treibt in Mitteldeutschland seit einiger Zeit sein Unwesen. Er ist am 24. Februar 1889 in Halle geboren und will seine Ausweisurkunde vom Schuhmacherverband auf der Gewerkschaftsversammlung in Alenburg abgegeben und nicht wiedererhalten haben. Auch gibt er sich als Märzopfer der K.P.D. aus. In Wirklichkeit ist der Bursche weder gewerkschaftlich noch politisch organisiert. Da er schon mehrfach Genossen geschädigt hat, wird vor ihm gewarnt.

Vorbereitung der zweiten Zulagenrate im Schriftstellers-Gewerbe. Mit Rücksicht auf die Tarifkommission der Deutschen Schriftsteller bekannt, daß auf Antrag der Arbeitnehmervertreter die Tarifausgleichsmittel sowie die Vorschriften der Kreisvereine des V.T.S. genehmigt haben, die ab 14. Februar zu zahlenden Löhne bereits am 31. Januar zur Auszahlung zu bringen.

In der Annahme, daß in allen Reichsteilen bei Eintreffen des Rundschreibens die Lohnberechnungen und Auszahlungen noch nicht in den Rechenbüchern erfolgt sind, die ab 31. Januar in Geltung waren, erludt das Tarifamt sämtliche Firmen, am Freitag, den 16. Februar, die sich ergebenden Mehrbeträge nachzahlen. Es wird den einzelnen Firmen empfohlen, bereits am Montag, den 12., oder Dienstag, den 13. Februar, eine Vorzahlung auf die nachzu zahlenden Beträge zu leisten, die am 16. d. M. zu verrechnen ist.

Für Alfordarbeiter und -arbeiterinnen tritt die Erhöhung von 15 000 Proz. auf 20 000 Proz. ebenfalls mit Wirkung vom 31. Januar in Kraft. Ebenfalls wird von diesem Datum an auch die erhöhte Familienzulage für die Ehefrau in Höhe von 1612,80 M. gezahlt.

Die Tagesproduktion an Banknoten, die in den letzten Tagen 35 Milliarden Papiermark betrug, ist jetzt auf 45 Milliarden gestiegen. Die Einführung der 50 000-Mark-Note gestattet eine weitere Steigerung um 15 Milliarden pro Tag, die bis auf 75 Milliarden Gesamtproduktion herangeführt werden soll. Es werden für die Herstellung von Zahlungsmitteln von der Reichsbank 33 Druckereien und 12 Papierfabriken in Anspruch genommen. Durch die demnächst erfolgende Herstellung von 20 000-Mark- und 100 000-Mark-Scheinen und vermehrte Herausgabe von 10 000-Mark-Noten kleineren Umfanges, die besonders für Zahlungszwecke sehr begehrt sind, wird die tägliche Leistungsfähigkeit vom Ende des Monats ab auf mindestens 125 Milliarden Mark Tagesproduktion gebracht werden können. Der Monat März dürfte also mehr als 3 Billionen Mark neuer Zahlungsmittel in den Verkehr bringen.

Der deutsche Arbeitsmarkt 1922. Seht man die Zahl der beschäftigten Arbeiter (nach der Mitgliederstatistik der Krankenkassen am 1. Januar 1922) gleich 100, so wurde der Höhepunkt des Beschäftigungsstandes der deutschen Wirtschaft in den Monaten Juni bis einschließlich August mit 109 bis 111 erreicht. Im Oktober sind es nur 107, am 1. Dezember nur 105. Der Juli weist mit 731 940 die geringste Zahl der Arbeitslosen, die Juli mit 103 Proz. die geringste Abwandszahl auf offene Stellen auf. Die letztere ist am 1. Dezember bereits wieder auf 165 Proz. gestiegen gegenüber 150 Proz. im Januar. Nach der Arbeitslosenstatistik der Arbeiter-Fachverbände hat der Zigarbeiter-Verband mit 16,4 Proz. im November die höchste Arbeitslosenziffer aufzuweisen. Ueber der gesamten Durchschnittsziffer stehen die Bauarbeiter und Textilarbeiter, im ganzen sind die Berufsgruppen Nahrungs- und Genussmittel, Bau- und Buchgewerbe am schlechtesten gestellt. Der durchschnittliche Prozentsatz der Arbeitslosenzahl 1922 ist weit geringer als in den letzten drei Jahren, so selbst wie 1913. Die Zahl der unterkürzten Erwerblosen ohne Kurzarbeiter betrug im ganzen Vieh am 1. April 1920 320 505, sie erreichte ihren niedrigsten Stand am 1. September 1922 mit 11 671 und war am 1. Dezember 1922 wieder auf 42 693 gestiegen.

Die Löhne in Deutschland Ende 1922. Die durchschnittliche Steigerung der Löhne für die Bau-, Holz-, Metall-, Textil-, Fabrikarbeiter und Buchdrucker Deutschlands betrug Ende 1922 für die ungelerten das 588fache und für die gelernten Arbeiter das 442fache der Vorkriegszeit. Entsprechend der allgemeinen Ausdehnung auf die mittlere Linie des Existenzminimums hat sich die Spanne in der Entlohnung der gelernten und ungelerten Arbeiter zugunsten der letzteren von 44 Prozent in der Vorkriegszeit auf 8 Prozent Ende 1922 verringert. Unter den gelernten Arbeitern weist der Lohn der männlichen Textilarbeiter die stärkste Steigerung, um das 542fache der Vorkriegszeit, auf. Es folgen die gelernten Fabrikarbeiter der Chemischen Industrie mit einer 511fachen, die Facharbeiter der Holzindustrie mit einer 478fachen, die Metallarbeiter mit einer 425fachen, die Bauhandwerker mit einer 415fachen und in weitem Abstand die gelernten Buchdrucker mit einer 371fachen Steigerung. Bei den ungelerten Arbeitern stehen die weiblichen Arbeitskräfte der Textilindustrie mit einer 633fachen Steigerung gegenüber der Vorkriegszeit an der Spitze. Es folgen die Fabrikarbeiter mit einer 633fachen, die Metallarbeiter mit einer 588fachen, die Bauhilfsarbeiter mit einer 505fachen und die Buchdruckerhilfen mit einer 444fachen Steigerung. Der größte Ausgleich zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern vollzog sich in der Metallindustrie, der Mehrerwerbendienst des gelernten ist gegenüber dem des ungelerten Arbeiters von 54 Prozent 1922 auf 9 Prozent Ende 1922 zurückgegangen.

Pranger für Lebensmittelwucherer. In Prag, der Hauptstadt der Tschechoslowakei, hat man ein radikales Mittel gegen die Lebensmittelwucherer eingeführt. Die Geld- und Arreststrafen versehen den Zweck und bringen die Wucherer vom dem Werte des Preiswuchers nicht ab. Es wurden also Strafteilungen gebildet, denen die Wucherer einverleibt und dem Magistrat zugeteilt wurden. Der Magistrat verwendet diese Strafteilungen zum Strafenfahren. Jeder der Wucherer erhält die Strafe und das Revier zum täglichen Lehren, in dem sich sein Geschäft befindet. Soffentlich ist die Zeit nicht mehr allzufern, in der in Deutschland die Schieber und Wucherer mit den gleichen draconischen Strafen bestraft werden. Anders wird dem Gesindel nicht beigegeben sein.

In Deutschland läßt sich diese Bestrafung schon deswegen nicht in Anwendung bringen, weil in diesem Falle alle berufsmäßigen Strafrentner um den Erwerb auch dann kommen würden, wenn für jede Wuchertat auch nur eine Stunde ihre Arbeit verrichtet werden müßte.

Der Internationale Gewerkschaftsbund und die Befehung des Ruhrgebietes. Mittwoch, den 17. Januar, hielt das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam eine weitere Sitzung zur Besprechung der durch die Befehung des Ruhrgebietes geschaffenen Lage ab.

Bureaumitglieder der bei der Befehung hauptsächlich in Frage kommenden und in Mitteleuropa gezeugenen Länder berichteten über die in ihren Ländern abgehaltenen Beratungen der Gewerkschaftszentralen.

Das Bureau nahm ferner die Ansichten der Internationalen Berufsvereinigungen der Transportarbeiter, Bergarbeiter und Metallarbeiter über die Möglichkeit zur Kenntnis, durch eine wirksame Aktion der Arbeiter gegen die militärischen Gewaltmaßnahmen Protest einzulegen. Es wurde einstimmig beschlossen, sofort mit allen angeschlossenen Landeszentralen in Verbindung zu treten, um die Möglichkeit eines entschlossenen Auftretens in Erwägung zu ziehen und für die zu unternehmende Aktion bereits vorbereitende Maßnahmen zu treffen.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes erwartet, daß sich die Arbeiter aller Länder bereit halten werden, um jedem Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes und seiner angeschlossenen Organisationen Folge zu leisten, um die Beschlüsse der Kongresse von Rom und dem Haag wenn nötig in Taten umzusetzen. Gleichzeitig warnt jedoch das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes die Arbeiter vor jedem vor anderer Seite kommenden Versuch, sie in unüberlegte und unvorbereitete Abenteuer zu stürzen.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes fordert die deutschen Arbeiter in besonderen dringend auf, sich nicht zu nationalen und chauvinistischen Agitationen mißbrauchen zu lassen.

Briefkasten

V. in Königsberg. In dieser Form ungeeignet.

Anzeigen

STERBETAFEL

Wichtig und ganz unerwartet hat der unerbittliche Tod eine unserer besten Vertrauenspersonen, die Kollegin

Anna Siebert

im Alter von 20 Jahren von uns gerissen.
Ein dauerndes Andenken bewahrt ihr

Die Zahlstelle Cassel.

Am 9. Januar verstarb nach nur dreitägigem Krankenlager unsere liebe Kollegin

Anna Jänsch

(i. Ka. J. Gofardt) im Alter von 51 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr

Die Mitglieder der Zahlstelle Westau.

Am 31. Januar verstarb nach kurzem schwerem Krankenlager unsere liebe Kollegin, die Anlegerin

Elsa Mauch

(i. Ka. Kunz & Sohn) im blühenden Alter von 20 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr

Die Zahlstelle Zwickau.

Zahlstelle Leipzig.

Samstags, den 24. Februar 1923:

25 jähriges Stiftungsfest

in sämtlichen Räumen des Volkshauses unter Mitwirkung hervorragender Kulte vom Leipziger Stadttheater, sowie vom Gewandhausorchester und des Männerchors Gutenberg.

Einlaß 7 Uhr. Anfang 1/2 8 Uhr.

Samstags, den 3. März 1923:

Großer Festball

in allen Sälen des Volkshauses.

Anfang 7 Uhr. Ende ???

Programme sind durch die Vertrauenspersonen und im Bureau ab 10. Februar zu entnehmen.

Der Festausschuß Leipzig.

Unsern lieben Kollegen Franz Weß und seiner Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Die Mitglieder der Zahlstelle Freiberg i. Br.

Unsern Kollegen W. Grote zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum bei der Firma C. Becker die besten Glückwünsche.

Die Kollegenchaft der Zahlstelle Uelzen.

Eine Sprachlektion kostenlos

portofrei und ohne irgendwelche Verbindlichkeit.

Sprachkenntnisse sind heute mehr denn je eine unerlässliche Notwendigkeit für jeden vorwärtsstrebenden Menschen. Der Ausbau unserer wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Auslande erfordert Sprachkundige in allen Stellungen und in allen Berufen.

Nehmen Sie einmal eine Tageslektion zur Hand und sehen Sie sich die Stellenangebote durch. Sie werden erstaunt sein darüber, in welcher großer Anzahl heute Sprachkundige in allen Verufen gesucht werden. Dieser großen Nachfrage steht aber nur ein äußerst geringes Angebot gegenüber. In allen Verufen und Stellenlisten von Arbeitsnachweiser usw. kommt zum Ausdruck, daß überall gewisser Mangel an Sprachkundigen herrscht.

Können Sie also die Gelegenheit durch Erwerbung von Sprachkenntnissen vorwärtskommen aus. Beginnen Sie sofort mit dem Studium. Unsere weltberühmte

Methode Louissaint-Langenscheidt

bietet Ihnen Gelegenheit, in leicht verständlicher, bequemer und interessanter Weise auf Grund des Selbstunterrichtes jede wichtigere fremde Sprache zu erlernen. Die Kosten des Unterrichts können in bequemen monatlichen Raten beglichen werden. Wortentwürfe oder bessere Schulbildung sind nicht erforderlich. Das Studium nach unserer Methode ist eine interessante, Ihre Bildung ungemein fördernde Beschäftigung für Ihre freien Stunden. Bedenken Sie, daß Sie sich dadurch ohne fühlbare Ausgaben Kenntnisse erwerben können, die für Ihre Vorwärtskommen von größtem Werte sind.

Um Ihnen Gelegenheit zu bieten, den Unterricht nach unserer Methode Louissaint-Langenscheidt kennen zu lernen, sind wir bereit, Ihnen sofort eine **Probektion kostenlos** irgendwelche Verbindlichkeiten aufzuwenden. Sie brauchen uns nur den untenstehenden Kupon einzulegen oder uns unter Bezugnahme auf diese Zeitung eine Postkarte zu schreiben (gemäßliche Sprache angeben). Schreiben Sie heute noch.

Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung (Prof. G. Langenscheidt)

Berlin-Schöneberg, Behnh. 28-30 (Scharnh. 1855)

Auf nebenstehenden Kupon nur die gewünschte Sprache und Adresse genau angeben und in offener Briefumschlag mit:

Erweitern Sie meine Kenntnisse in der Sprache (in der) einleihen.
Wenn weitere Sprache gewünscht werden, nur als Beilage beifügen.
Bitte annehmen

Name: _____
Bezug: _____
Ort u. Str.: _____

Verantwortlich für Redaktionen u. Verlag: G. G. u. L. e. Charlottenburg, Berlin-Schöneberg, 16. Februar. Am Montag 1923. - Druck: Verlagsbuchhandlung u. Verlagsanstalt Carl Ziegler u. Co., Berlin SW. 68.